

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 13.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6176.

Hannover,  
Sonnabend, 1. Juli 1899.

Inserate kosten pro 3 gespaltene Zeile oder deren Raum 16 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Reinfstr. 31. Verlag: Gosewiese 9A.

8. Jahrg.

## Die Zuchthausvorlage.

Das Gesetz zum „Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ hat den deutschen Reichstag von Montag, den 19., bis Donnerstag, den 22. Juni, beschäftigt. Viele Freunde hat sich die Gesetzesvorlage nicht erworben. Neben den Regierungsvertretern fanden sich nur ein konservativer Bünstler und ein Fraktionsgenosse des Herrn von Stumm, die sich als Freunde des Gesetzes bekannten und für das Zustandekommen des Gesetzes eintraten.

Trotzdem die Regierung ihren Entwurf mit einer 21 Druckseiten umfassenden Begründung rechtfertigte und ihr das auf Veranlassung des Grafen Posadowsky von Gerichtspräsidenten, Staatsanwälten und Polizeipräsidenten gesammelte Material unter dem bezeichnenden Titel: „Denkschrift betreffend die Ausschreitungen bei den Arbeitskämpfen der letzten Jahre“ mit auf den Weg gab, war die Liebe, die der Vorlage entgegengebracht wurde, so gering. Die „Denkschrift“ umfaßt nur einhundertundsieben Druckseiten großen Formats und ist ein Meisterstück einseitiger Darstellungsweise. Dagegen kann man diesem Altentwurf in Bezug auf die Auswahl des Materials, soweit die Beweislast in Frage kommt, die Bezeichnung Meisterstück nicht beilegen. Die Denkschrift hatte trotz ihres Umfanges kein Blättchen übrig, an welchem nur einer von den Fällen des Unternehmerterrorismus verzeichnet worden wäre, trotzdem sie, um den Terrorismus der Arbeiter zu beweisen, Dinge anführte so kleinlicher Art, daß man sich des Lachens mitunter nur sehr schwer erwehren konnte. Gerade deswegen ist dem Verfasser der Denkschrift und seinen Mitarbeitern der Vorwurf nicht zu erparen, daß sie ihr Möglichstes gethan haben, die Reichstagsboten höchst einseitig zu belehren über die die Arbeitseinstellungen begleitenden Vorkommnisse.

Aber vorläufig ist der Aufwand an Intelligenz und Auslegungskunst vergeblich gewesen. Die Gegnerschaft gegen die Vorlage ist größer, als die Regierung wohl erwartet hatte. Bis in die Reihen der Nationalliberalen hinein fanden sich Gegner des Gesetzes und neben den Vertretern des werthätigen Volkes waren es Vertreter aller oppositionellen bürgerlichen Parteien, die der Regierung auf dem betretenen Wege die Gefolgschaft aufknüpften. In energische Worte ist der Protest des Reichstages gekleidet worden. Und doch ist die Zuchthausvorlage nicht todt, sondern nur scheinodt. Erst die erste Lesung der Vorlage ist beendet. Wenn der Reichstag im November des laufenden Jahres wieder zusammentritt, wird der Kampf aufs Neue beginnen. Die Regierung wird nicht müßig die Zeit verstreichen lassen, und wir fürchten, aus manchem bürgerlichen Paulus kann ein Saulus werden. Gegner der Vorlage können zu bedingten Anhängern, zu Freunden derselben werden.

Bei zwei Parteien des Reichstages kann diese Vermuthung zur Thatsache werden. Da ist zunächst die nationalliberale Partei, die in allen sozialpolitischen Dingen höchst unzuverlässig ist und in Bezug auf die Unbeständigkeit ihrer Anschauungen den Vergleich mit einer Wetterfahne ausschält. Diese Partei hat schon bei der ersten Lesung 10 Abgeordnete geliefert, die sich für eine Verweisung des Gesetzes an eine Kommission erklärten. Raum war die erste Lesung beendet, da wurde denen um Wassermann durch die nationalliberalen Parteiblätter ganz gehörig der Text gelesen. Die führenden nationalliberalen Parteiorgane haben der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages eine Verständigung über die §§ 1 und 2 des Gesetzes herbeiführen ließe.

Dann kommt das Zentrum, die Partei der politischen Schacherei. Daß das Zentrum die Vorlage nicht vollständig von der Hand weist, sondern sie als „verbesserungsfähig“ ansieht, das geht aus den Aeußerungen des Zentrumsführers Dr. Lieber hervor. Dieser Herr stellte zunächst die Behauptung auf, daß die Möglichkeit, an ein Vorgehen gegen die Koalitionen zu denken, wie es die Regierungsvorlage will, geschaffen worden sei durch die Ausschreitungen der Parteigänger der sozialdemokratischen Partei. Nach Anschauung des Zentrumsführers sind Ausschreitungen gegen die Arbeitswilligen vorgekommen; seine Parteigänger werden als patentirte Vertreter der „Gefährlichkeit“, der „Sitte“ und „Ordnung“ nicht ermangeln, der Regierung die Hand haben zu bieten, solche Ausschreitungen ganz exemplarisch zu bestrafen mit verschärfstem Strafmaß, mit erweiterten Strafbestimmungen.

Der Zentrumsführer sagte weiter: „Wir stimmen darum nicht, daß die Vorlage sofort beseitigt werde. Wir begrüßen es vielmehr, daß ein längerer Zeitraum vergehen wird bis zur zweiten Lesung. Da wird es vielleicht gelingen, dieser Vorlage eine bessere gegenüberzustellen. Vielleicht entschließt sich auch die Regierung, die Vorlage bis dahin durch eine bessere zu ersetzen.“

Die Vorlage ist also noch nicht beseitigt. Der Reichstag hat es versäumt, jedenfalls nicht ohne Einfluß des Zentrums, ihr den Gnadenstoß zu versetzen. Nach vorstehender Auslassung des Zentrumsführers wird sich dessen Partei redlich bemühen, den scheinodten Gesetzentwurf zu neuem Leben zu erwecken. Daß die Regierung den Entwurf zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zurückziehen und einen andern, die Sicherstellung des Koalitionsrechts und die Aufhebung des Verbindungsverbotes bezweckenden Entwurf einbringen wird, daran denkt man wohl in den Kreisen des Zentrums so wenig wie anderwärts.

Die Arbeiter als Gegner der Vorlage dürfen aus alle dem noch nicht annehmen, daß sie mit ihrem Proteste bereits gesiegt haben. Das Zentrum ist trotz aller arbeiterfreundlichen Worte unberechenbar — unberechenbar sind die meisten Abgeordneten, die zur nationalliberalen Partei gehören. Deshalb gilt es, im Kampfe nicht zu erlahmen. Unaufhörlich muß auf die politische, soziale und wirtschaftliche Entrechtung der Arbeiterklasse, welche der Entwurf bezweckt, aufmerksam gemacht werden, es muß betont werden, daß es ein Gebot des Rechts, der Gerechtigkeit, der Moralität und eine ökonomische Nothwendigkeit ist, dem gesammten werthätigen Volke endlich die Koalitionsfreiheit in erforderlichem Maße zu garantiren.

## Das schweizerische Arbeiter-Sekretariat

versendet soeben seinen 12. Jahresbericht, der diesmal um so interessanter ist, weil er eine Reihe von Aufschlüssen über die reaktionäre Stellungnahme des schweizerischen Bundesraths gegenüber der geplanten Erweiterung des Sekretariates enthält. Das Sekretariat wurde im Jahre 1887 auf Anregung des Grütlivereins und des Bundesrathsmitgliedes Scherrer ins Leben gerufen und anfänglich mit 5000 Fr., von 1888 bis 1891 mit 10 000 Fr., von da bis 1895 mit 20 000 Fr. und seit diesem Zeitpunkte mit 25 000 Fr. pro Jahr von der schweizerischen Regierung unterstüzt. Seine Aufgabe war: „Die Interessen der Arbeiter auf dem ganzen Gebiete der Volkswirtschaft zu wahren und zu fördern, die Arbeiter-Verhältnisse in jeder Richtung zu untersuchen und die Wünsche und Begehren der Arbeiter, soweit sie wirtschaftlicher Natur sind und sich auf die Gesetzgebung beziehen, zu sammeln und sie in eine realisirbare Form zu bringen“. Aufgebaut auf der Grundlage eines kartellähnlichen „Schweizerischen Arbeiterbundes“, dem sowohl sozialdemokratische Gewerkschaften und demokratische Grütlivereine, als auch farblose Krankenkassen und katholische Gesellen-, Arbeiter- und Piusvereine angehörten und den Gen. Stec damals treffend als ein „fabelhaftes Ungeheum mit rothem Kopf, weisem Kumpf und schwarzem Schwanz“ bezeichnet hatte, war es zwar finanziell von der Regierung abhängig, in seinen Arbeiten aber, wie auch in der Besetzung seiner Aemter hatte es freie Hand. Als leitender Arbeiter-Sekretär fungirt seit 1888 Gen. Greulich, dem auf seinem Zentralbureau in Zürich später 2 Adjunkten, der Metallarbeiter Merk und der Holzarbeiter Morf, beigegeben wurden. 1891 wurde eine Zweigstelle des Sekretariats zu Biel, dem Mittelpunkte der schweizerischen Uhrenindustrie, geschaffen, welcher der Uhrenarbeiter Schwitzgubel (1895 an der Proletarierkrankheit gestorben) und nach ihm Gen. Keimann als Adjunkt vorstand, während 1896 eine weitere Zweigstelle in Lausanne mit Héretier (1898 gestorben) und nach ihm Jean Sigg als Adjunkt errichtet wurde. Diese Zweigstellen, die der Auskunftsvertheilung, der wirtschaftlichen Untersuchung und Organisation dienen, unterstehen dem Hauptsekretariat. Seit 1897 machte sich das Bedürfnis geltend, für die italienischsprechende Südschweiz einen besonderen Adjunkten einzusetzen und jetzt melden sich auch die Ostschweizer, die ein eigenes Bureau in St. Gallen wünschen. Dazu mehrten sich die Stimmen für die Schaffung von Berufssekretariaten für die großen

Berufe (Eisenbahner, Metall-, Holz-, Textilarbeiter), die bis jetzt wegen der Unbegrenztheit solcher Ansprüche abgelehnt werden mußten. Aber auch die territoriale Ausdehnung des Arbeitersekretariats scheiterte bisher an der neuerlichen Animosität des Bundesraths, der im Vorjahre ein Gesuch um Erhöhung der Bundes-subsidierung von 25 000 auf 30 000 Fr. ablehnte mit der Motivirung: das Sekretariat habe einen andern Charakter angenommen, als sich bei seiner Gründung voraussehen ließ, — womit jedenfalls der Vorwurf sozialdemokratischer Thätigkeit erhoben werden sollte. Der neueste Jahresbericht weist diesen Vorwurf mit Entschiedenheit zurück. Obgleich der leitende Sekretär und seine Adjunkten Sozialdemokraten sind und Ersterer diese Partei im Rath und Kantonsrath zu Zürich vertritt, so habe sich das Sekretariat dennoch von jeder Parteipolitik ferngehalten und nur innerhalb der reglementarisch festgelegten Aufgaben gewirkt. Allerdings habe es die gewerkschaftliche Propaganda intensiv gefördert, durchdrungen von der Erkenntniß, daß solche Organisationen der Arbeiter die Vorbedingung des Erfolges aller wirtschaftlichen Untersuchungen und die Hauptbasis für den Aufbau und die Durchführung sozialer Gesetze seien, und damit habe es einen gewissen Theil des Unternehmertums gegen sich aufgebracht. Daß nicht alle Unternehmer dem Sekretariat feindlich gegenüber stehen, beweist die Thatsache, daß der Arbeitersekretär in zahlreichen Streitfällen auch von Arbeitgebern als Schiedsrichter angerufen wurde. Aber diese Gewerkschaftsförderung sei ein integrierender Theil seiner Aufgaben und lasse sich in jeder Hinsicht rechtfertigen, um so mehr, als in ihr die Vorarbeit zum Studium der obligatorischen Berufsgenossenschaften liege, das dem Sekretariat speziell übertragen sei. Diese Arbeit, zu deren Inangriffnahme die mißlichen Verhältnisse in der Uhrenindustrie drängten, ist noch nicht vollendet, da die Frage der berufsgenossenschaftlichen Vereinigung von Arbeitern und Arbeitgebern noch sehr der Klärung bedürfe, um so mehr, als das im „Schweizerischen Gewerbeverein“ organisirte Unternehmertum nach der gleichen Richtung, aber unter einseitigster Wahrung seiner Eigeninteressen, hinarbeite. So lange aber die Gewerkschaften noch zu wenig entwickelt sind, um mit den Unternehmern von Macht zu Macht zu unterhandeln, so lange können sie in derartigen Berufsgenossenschaften nur majorisirt werden.

Eine weit wichtigere, die Gewerkschaften berührende Frage beschäftigte indeß das Sekretariat, die durch die Stellungnahme des zu Ostern stattgefundenen Luzerner Arbeitertages zum vorläufigen Abschluß gebracht wurde, nämlich die intensivere Unterstüzung der Gewerkschaften durch die im Arbeiterbund vertretenen nicht-gewerkschaftlichen Arbeitervereine. Den Gewerkschaften gehören nämlich nur etwa ein Drittel der im „Bund“ vertretenen Arbeiter an, davon etwa die Hälfte dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsbund und die übrigen den sogenannten neutralen Gewerkschaften (Eisenbahner, Buchdrucker, Schuhmacher, Metallarbeiter etc.). Die Krankenkassenmitglieder- und katholischen Arbeiter waren bisher der Gewerkschaftsidee wenig zugänglich; daß bei so ungünstigem Verhältnisse die Gewerkschaften wenig leisten konnten, liegt klar auf der Hand, weshalb der Gewerkschaftsbund bereits auf dem Arbeitertag zu Winterthur 1896 beantragt hatte, daß der Schweizer Arbeiterbund zur Unterstüzung der Gewerkschaften anzuhalten sei. Das machte jedoch insofern Schwierigkeiten, als die Krankenkassen nur gesetzlich vorgesehene Ausgaben leisten dürfen. Es wurde deshalb bereits die Ausgabe von Jahreskarten für die Mitglieder der Bundesvereine erwogen. Indes war damit zu rechnen, daß die katholischen Arbeiter zur Unterstüzung sozialdemokratischer Gewerkschaften schwer zu bewegen waren; ihre Forderung, die Gewerkschaften möchten sich von jeder bestimmten Parteipolitik neutralisiren, entsprach insofern der Billigkeit, als die Hauptaufgaben derselben auf rein wirtschaftlichem Gebiete liegen und die sozialpolitischen Ziele an sich gleichfalls nicht parteipolitisch sind, wie die Beschlüsse des Züricher Arbeiterschutkongresses bewiesen. Der Vorstand des Schweizer Arbeiterbundes setzte nun diese Angelegenheit auf die Tagesordnung des diesjährigen Luzerner Arbeitertages und betraute den Genossen Greulich, sowie den katholischen Professor Beck mit den Referaten. Beide stimmten in der Behandlung der Frage überein, daß es Pflicht aller im Arbeiterbund vertretenen Vereine und Verbände sei, sich dem Gewerkschaftsbund anzuschließen, sobald dieser und seine Vereine sich auf parteipolitischen und religionsneutralen Boden gestellt haben. Eine Kommission soll die nöthigen Unterhandlungen einleiten und für den

Gewerkschaftsbund eine planmäßige Propaganda entfallen. Der diesbezügliche Beschluß wurde mit großer Mehrheit unter Zustimmung der meisten Vertreter des Gewerkschaftsbundes gefaßt, sodaß seine Annahme auch seitens des nächstjährigen Kongresses des letzteren zu erwarten ist. Die namentlich in Deutschland vielfach ausgesprochene Befürchtung, daß diese Wandlung der schweizerischen Gewerkschaften ihnen zum Nachtheil gereichen werde, theilen wir nicht, sondern glauben im Gegentheil, daß der Geist der Gewerkschaften auch in Zukunft ein sozialistischer sein wird, ohne daß es dazu eines besonderen Statutensatzes bedarf, weil der Klassenkampf ihnen von selbst diese Logik einpauken wird. Es fragt sich nur, ob nun den neutralen Gewerkschaften gegenüber die Zurückhaltung und Gleichgültigkeit fortgesetzt organisatorisch und agitatorisch thätig sein müssen, ehe der Arbeiterbund gewerkschaftlich geworden ist. Aber das eigene Interesse des Sekretariats ist mit dieser Wandlung verknüpft, da ein gewerkschaftlicher Arbeiterbund leistungsfähig genug sein würde, um dem Sekretariat eine kräftigere Basis zu sein, es in der notwendigen Weise auszugestalten und es nöthigenfalls sogar aus der finanziellen Abhängigkeit vom Bundesrath zu befreien. Denn es ist nicht ausgeschlossen, daß der Bundesrath, vom Unternehmertum ausgehend, eines Tages die weitere Subvention entziehen oder von unerfüllbaren Bedingungen abhängig machen könnte, und da ist es gut, bei Zeiten auf Reserven bedacht zu sein.

Aus Anlaß des nahen Abschlusses dieser gewerkschaftlichen Reorganisationsbestrebungen hat der Arbeitersekretär auch die viel erwartete Fortsetzung seines vorzüglichen Berichtes über die Lohnbewegungen und Streiks bis zum nächsten Jahresbericht zurückgestellt. Auch der seit Langem erwartete Bericht über Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsnachweis konnte noch nicht fertiggestellt werden, da namentlich die Herausgabe des Züricher Arbeiterschulungskongress-Protokolls in 3 Sprachen erhebliche Schwierigkeiten machte. Dafür ist dem Bericht eine Publikation über die Anwendung des schweizerischen Fabrikgesetzes beigegeben, die sich polemisch gegen die Bestrebungen des „Schweizerischen Gewerbevereins“, die Durchführung dieses Gesetzes zu beschränken und abzuschwächen, wendet und Jedem, der sich über schweizerischen Arbeiterschutz unterrichten will, sehr willkommen sein wird.

Die Auskunftserteilung des Sekretariats befindet sich seit der Eröffnung der Züricher Arbeitskammer, die zur Entlastung des ersteren errichtet wurde, im Abnehmen. Es wurden 839 mündliche und 295 schriftliche Auskünfte ertheilt, die meist zu Vermittlungsversuchen führten, da sie Unfälle und Haftpflicht, Lohnforderungen oder Vertragsbruch bestrafen. Diese Rechtsvermittlungen enthüllen in der Regel ein wahres System kapitalistischer Gesetzesverletzungen und Uebervertheilungen der Arbeiter und wie oft tritt nicht der Fall ein, daß der Arme entweder geschlechtlich ungenügend geschützt oder außer Stande ist, sein Recht zu erlangen. Ungeheuerliche Lohnneinbehaltungen kommen alltäglich vor und manche Unternehmer lassen sich sogar vorher die paar Habseligkeiten vom Arbeiter verschreiben, um sich schließlich auch noch daran zu bereichern. Wie der Arbeiter um seinen sauer verdienten Lohn gebracht werden kann, zeigt folgendes mehrfach bemerkte Beispiel, wonach Unternehmer, die solches beabsichtigen, sich einfach in's Handelsregister eintragen lassen. Solchen Firmen gegenüber kann nämlich nur auf Konkurs geklagt werden, was jedoch 40 Fr. Kostenvorschuß erfordert, die natürlich ein betrogener Arbeiter selten riskirt. Die meisten Klagen führen Unfalls- und Haftpflicht-Entschädigungen herbei. Da eine staatliche Unfallversicherung in der Schweiz nicht besteht, so verpflichten die haftpflichtigen Fabrikanten ihr Personal bei privaten, konzeptionierten Gesellschaften, die zu eigenem Nutzen arbeiten und deshalb an Entschädigungen möglichst knausern. Häufig wird der Arbeiter unter Vorgabe eigener Verschuldung gänzlich abgewiesen. Wenn das nicht geht, so versucht man, ihn so billig als möglich abzufinden und nöthigt ihn, einen Verzicht auf jeden weiteren Anspruch zu unterschreiben. Und Gesetzesunkundige Arbeiter gehen leider immer wieder in diese Falle. Oefters kommt es vor, daß der Unternehmer sich vom Arbeiter Unfallversicherungsbeiträge zahlen läßt, ohne ihn auch wirklich zu versichern. Verunglückt dann der Arbeiter, so erhält er von der Versicherung nichts und schließlich ist der Arbeitgeber auch zahlungsunfähig.

Das Schlimmste aber auf diesem Gebiete ist die seitens der Gesellschaften neuerlich geübte Praxis, Arbeiter, die schon einmal verunglückt und dafür entschädigt worden sind, jeder weiteren Versicherung anzuschließen, sodaß sie bei haftpflichtigen Unternehmern keine Arbeit mehr erhalten, denn kein Unternehmer will das Risiko tragen, den Arbeiter bei Unfall aus eigenen Mitteln zu entschädigen. Und der Arbeiter kann noch nicht einmal irgend einen Rechtsweg gegen diese Vergewaltigung beschreiten, weil es an der gesetzlichen Regelung der Unfallversicherung fehlt. Hier kann nur im Gesetzgebungswege wirksame Abhilfe geschaffen werden. Aus dem Bericht des romanischen Adjuanten ist hervorzuheben, daß die Organisationen der Uhrenarbeiter allwählich wieder erstarren und daß namentlich die der Schalenmacher, Graveure und Stillochener, Remonteurs und Pendantenmacher trotz der sinkenden Preise die Löhne aufrecht erhalten konnten, während die schlechter organisierten Regleure und Pierrißen (Steinmacher) öfters unter dem Fabrikantendruck zu leiden hatten. Die Schalenmacher bekämpfen seit Jahren die Einführung der Maschinenarbeit für goldene Schalen und hohlkittigen alle Fabriken, die mit Maschinen arbeiten, können aber

die moderne Entwicklung nicht aufhalten und haben in Folge dessen viel Abgang an Mitgliedern, die trotzdem solche gesperrte Plätze besetzen. Auch rückt die Gefahr einer billigeren Einfuhr immer näher; namentlich die von Amerika eingeführten Plagueschalen, von goldenen fast nicht zu unterscheiden, werden immer lebhafter verlangt, wodurch eine die schweizerischen Arbeiter schädigende Verschiebung der Produktionsgebiete zu erwarten ist. Der Schalenmacher-Verband thäte daher besser, die Maschinenarbeit auf der Basis eines höheren Tarifs anzuerkennen, anstatt im nutzlosen Kampfe seine Kräfte zu verschleifen.

Ein herber Verlust traf das Arbeitersekretariat und die schweizerische Arbeiterbewegung durch den am 19. August 1898 erfolgten Tod des romanischen Adjuanten Louis Héretier, der auch den deutschen Genossen durch seine „Geschichte der französischen Revolution von Jahre 1848“ und durch verschiedene Arbeiten in der „Neuen Zeit“ bekannt wurde. Seinen schweizerischen Genossen hat er sich in der Begründung der Genfer Arbeitskammer ein dauerndes Denkmal gesetzt.

### Vom sozialen Kampfplatze.

In Schönebeck wurden die Arbeiter der Gemischen Fabrik „Germania“ bei der Direktion wegen Gewährung folgender Wünsche vorstellig: 1. Erhöhung des allgemeinen Tagelohnes bei Personen über 20 Jahre von 2,10 Mk. resp. 2,20 Mk. auf 2,40 Mk.; 2. bei Personen unter 20 Jahren eine Lohnerhöhung von 10 Prozent; 3. Beschränkung der 24stündigen bzw. 36stündigen Arbeitszeiten. Außerdem wurde von den Arbeitern noch der Antrag gestellt, Kohlen bis zu 45 Centner an verheiratete Arbeiter, die mindestens 1 Jahr an der Fabrik beschäftigt sind, gegen eine wöchentliche Theilzahlung von 1—1,50 Mk. abzugeben. Dieser Antrag ist infolge der äußerst niedrigen Löhne der Arbeiter gestellt worden. (Die Arbeiter haben früher Kohlen auf Theilzahlung erhalten, es ist aber die Lieferung wegen der vielen Schreiberei im Kontor wieder eingestellt worden.) Die Beschränkung der 24- und 36stündigen Arbeitszeit und ebenfalls der Antrag auf Verabfolgung von Kohlen wurden den Arbeitern bewilligt. Betreffs der Lohnerhöhung müssen sich die Arbeiter bis zum 30. d. M. gedulden, da der erste Direktor bis dahin von Schönebeck abwesend ist. Hoffen wir, daß den Arbeitern auch die bescheidene Forderung auf Erhöhung des Lohnes bewilligt wird.

Die Berliner Baugewerksmeister, soweit sie organisiert sind, hatten eine allgemeine Aussperrung der Bauhandwerker und Bauarbeiter Berlins beschlossen. Die Maurer hatten beschlossen, durch partielle Arbeitseinstellungen den Lohn von 65 Pfg. pro Stunde allgemein einzuführen. Das ist die Ursache der massenhaften Hinderung an freiwilliger Arbeit. Nach einer in Arbeitgeberkreisen abgegebenen Schätzung haben in der Woche vom 19. bis 24. Juni 8000 Maurer in Berlin nicht gearbeitet. Der Bund der Bauarbeitgeber erwog bereits den fähigen Gedanken, die Baumeister Deutschlands zu einer allgemeinen Aussperrung aller im Baugewerbe Beschäftigten zu veranlassen. Da bot das Berliner Gewerbegericht seine Vermittlung an. Die Einigungs-Verhandlungen begannen Sonnabend, den 24. Juni. Nach mehrstündigen Verhandlungen stimmten die Vertreter der Arbeiter und die der Arbeitgeber folgendem Vergleichsvorschlage zu:

1. Die Arbeit wird am 27. Juni 1899 Morgens wieder aufgenommen. Die von den Arbeitgebern verhängte Aussperrung wird zum gleichen Tage aufgehoben.
2. Der Lohn beträgt bis zum 31. Dezember 1899 einschließlich 60 Pfg. pro Stunde, vom 1. Januar 1900 bis 30. September 1900 einschließlich 62½ Pfg., vom 1. Oktober 1900 bis 31. März 1901 einschließlich 65 Pfg. Der Lohnsatz für durch Unfall, Alter, Invalidität minder leistungsfähige Gesellen sowie für Junggesellen im ersten Gesellenjahre, soweit dieselben bei ihrem Behr. thätig sind, unterliegt der freien Vereinbarung. Die Arbeitszeit beträgt 9 Arbeitsstunden. Den Arbeitgebern und Arbeitnehmern steht es frei, das Arbeitsverhältnis jeder Zeit ohne Kündigung und ohne Angabe von Gründen aufzuheben.
3. Es wird eine Kommission gebildet, die aus 9 Arbeitgebern und 9 Arbeitnehmern besteht. Die Wahl der Mitglieder dieser Kommission erfolgt durch die Arbeitgeber bzw. die Organisationen der Arbeitnehmer. Unter den Arbeitnehmer-Mitgliedern sollen mindestens je 1 Mitglied der Zentralorganisation, der Lokalorganisation und der Gewerkschaftskommission angehören. Die Geschäftsordnung der Kommission wird von dieser festgestellt.
4. Der unter 3. bezeichneten Kommission liegt die Regelung der Arbeitszeit, Pausen, Lohnverhältnisse, Einrichtung der Arbeitsstätten und ähnlicher Punkte, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ob.
5. Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kann gegen die Entscheidung der Kommission nur binnen 3 Tagen nach der Bekanntmachung die Entscheidung des Einigungsamtes des Gewerbegerichts angezweifelt werden.
6. Bis zur endgültigen Entscheidung durch die Kommission oder das Einigungsamt dürfen Bauarbeiten unter keiner Bedingung verhängt werden. Nach der endgültigen Entscheidung sind Bauarbeiten nur zulässig, wenn der Entscheidung nicht Folge geleistet wird.
7. Alljährlich hat die unter Nr. 3. bezeichnete Kommission zusammenzutreten und die Arbeits- und Lohnverhältnisse für die Dauerperiode des nächsten Jahres festzusetzen. Der Entscheidung der Kommission haben sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu unterwerfen. Zum 1. Male tritt die Kommission zu diesem Zwecke im Herbst 1899 zusammen, um über anderweitige Festsetzung des Lohnes für die Zeit vom 1. Oktober 1900 bis 31. März 1901 zu beschließen.
8. Sowohl die zentrale, wie die lokale Organisation der Maurer sowie die Gewerkschaftskommission verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß zur Aufrechterhaltung dieser Bedingungen einzusetzen und im Widerspruch mit denselben ausbrechende Streiks nicht zu unterstützen.
9. Maßregelungen in Folge des hierdurch beigelegten Ausstandes finden nicht statt.

Stingrigt wird, daß auch der Vorsitzende des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands in der Schlichter-Kommission Sitz und Stimme haben soll.

Die Vertreter der Arbeiter und diejenigen der Arbeitgeber erklärten, unter ihren Auftraggebern für Annahme der Bedingungen eintreten zu wollen. So ist ein erbitterter Kampf, dessen Tragweite unabsehbar war, beendet worden; wir vermuthen sehr, dieser Ausgang ist den industriellen Scharfmachern nicht erwünscht.

In Speyer sind die Arbeiter der Firma Himmelsbach (Impregirungs-Anstalt) zum Zwecke der Erbringung einer Lohnerhöhung in den Streik eingetreten.

Die Stuttgarter Möbelarbeiter befinden sich im Streik. Die Streikkommission sagt in einem Aufruf: „Die einzige Hoffnung der Fabrikanten besteht darin, daß sie die nothwendigsten Arbeiten angefertigt bekommen und so den Streik nach eine lange Zeit hinauszuziehen können. Bis dahin soll unsere Klasse geleert sein, und wir müssen dann, — so rechnen die Fabrikanten — auf Gnade oder Ungnade wieder an die Arbeit gehen. Das darf nicht geschehen! Deshalb ist es nothwendig, daß die Kollegen allerorts dafür sorgen, daß kein Stück Möbel für die Stuttgarter Fabrikanten gemacht wird.“

Die Aussperrung der Lederarbeiter in Wülfer hat einen Umfang angenommen, bei dem es dem Verband der Lederarbeiter ohne Hilfe der anderen Gewerkschaften kaum möglich sein wird, die Unterstützung allein aufzubringen. Die Aussperrung erfolgte, weil die Arbeiter zum Streik griffen, um die Maßregelung des Arbeiter-Ausschlusses rückgängig zu machen. Es werden nach Ablauf der Kündigungsfrist ca. 500 Arbeiter ausgesperrt sein. Es ist nicht nur dringend nöthig, Zugang fernzuhalten, sondern auch die Ausgesperrten materiell zu unterstützen.

### Polizeiliches, Gerichtliches.

In Pödejud ist durch Verfügung des Amtes Finkenwalde unsere „Zahlungsstelle“, soll heißen Zahlstelle, am 15. April „aufgehoben“, soll heißen vorläufig polizeilich geschlossen, worden. Nach § 16 Abs. 4 des preussischen Vereinsgesetzes war die Polizeibehörde in Pödejud gehalten, binnen achtundvierzig Stunden nach der Schließung von letzterer und den Gesetzwidrigkeiten, die zu dieser geführt haben, dem Staatsanwalt Anzeige zu machen. Findet die Staatsanwaltschaft die Vergehen nicht geeignet, um eine Anklage darauf zu gründen, so hat die Ortspolizeibehörde auf die ihr durch die Staatsanwaltschaft binnen weiteren acht Tagen zu ertheilende Nachricht die Schließung des Vereins aufzuheben. Andersfalls muß die Staatsanwaltschaft ebenfalls binnen acht Tagen entweder die Anklage erheben, oder in gleicher Frist die Voruntersuchung beantragen. Alsdann ist vom Gericht sofort Beschluß darüber zu fassen, ob die vorläufige Schließung des Vereins bis zum Erkenntnisstunde der Hauptsache fortbauern soll. Diesen Weg schreibt also das Gesetz für Vereine vor, zur Prüfung, ob die polizeilichen Maßnahmen rechtlich begründet sind. Andersfalls würden unliebsame Arbeitervereine oder oppositionelle Vereine der Polizei preisgegeben sein. Auf administrativem Wege könnte letztere über Sein oder Nichtsein solcher Organisationen entscheiden. Wir beschränken, dieser gesetzlich vorgeschriebene Weg ist in Pödejud uns gegenüber nicht innegehalten. Den ehemaligen Bevollmächtigten und Revisoren ist ein Gerichtsbeschluß bislang noch nicht zugegangen, wohl aber folgende Verfügung des Herrn Amtsvorstehers von Pödejud:

Finkenwalde, den 8. Mai 1899.

Amt Finkenwalde.  
J. N. 667.

Gegen das Fortbestehen des Vereins der Fabrik-, Bau- und Hilfsarbeiter Deutschlands als politischer Verein, ist nunmehr diesseits nichts einzuwenden. Da dieser Verein in seiner jetzigen Form aber hier als ein neuer selbstständiger politischer Verein angesehen wird, so sind mir gemäß § 2 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 die Statuten und das Mitgliederverzeichnis innerhalb 3 Tage, von Zustellung dieser Verfügung durch die Post, einzureichen.

Gegen diese Verfügung kann Beschwerde bei dem königlichen Herrn Landrath Randower Kreises erhoben werden.

Der Amtsvorsteher.  
v. Walbaum.

Wer hat denn entschieden, daß die Zahlstelle ein „politischer Verein“ ist und daß nunmehr „diesseits“ gegen Fortbestehen des letzteren nichts mehr einzuwenden ist? Nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes ist nur das Gericht befugt, hierüber zu entscheiden. Und gerichtlichen Entscheid verlangen wir, den Beschwerdeweg betreten wir nicht. Unsere Zahlstelle ist „aufgehoben“ worden. Von uns verlangt man die peinlichste Beachtung der vereinsgesetzlichen Vorschriften, die Behörden sollen auch mit uns so verfahren, wie es Recht und Gesetz vorschreiben, nicht anders.

Eine große Aktion hat man in Anhalt in dem Orte Baasdorf bei Köthen unternommen. Wir haben darin einige Duzend landwirthschaftliche Arbeiter, die sich unserer Organisation angeschlossen haben und zwar als Einzelmitglieder; mit dem Erheben der Beiträge, dem Austragen des Verbandsorgans u. f. w. haben wir den Kollegen Richter in Baasdorf betraut. Dieser erhielt nun die Aufforderung, sich am 19. Juni, früh 7 Uhr, der herzoglichen Kreis-Direktion zu stellen. Als Zweck der Bestellung war Streikangelegenheit angegeben. Der Herr Kreisdirektor, der die Vernehmung vornahm, soll u. A. geäußert haben: „Die Wählerei werden wir

Guch schon anstreichen". Da auch die Beiträge einen Punkt der Vernehmung bilden, so wurde in Bezug auf diese geduldet: "Das Geld wollen wir schon kriegen". Der Vertrauensmann, der von einem Arbeitgeber zu dessen vollkommener Zufriedenheit jahrelang beschäftigt wurde, ist entlassen. Diese Entlassung ist nicht auf die persönliche Eingebung und Neigung des Arbeitgebers zurückzuführen, sondern auf Einflüsse, die von außerhalb auf diesen einwirkten. Man kennt ja diese Machenschaften, auch deren Urheber.

Warum die Untersuchung? Warum das Brotlosmachen des Mannes? Man nimmt an, die Einzelmitglieder haben sich gegen das anhaltische Gesetz vergangen, das im Frühjahr dieses Jahres beschlossen wurde und den Landarbeitern das Recht nimmt, sich zu koalieren, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Nach diesem Gesetze werden die Landarbeiter bestraft, wenn sie widerrechtlich die Arbeit verlassen, sie werden auf Antrag des Arbeitgebers von der Polizei zwangsweise dem Arbeitgeber vorgeführt, wenn sie widerrechtlich die Arbeit verlassen oder den Antritt der Arbeit verweigern. Jene, die die Landarbeiter zur widerrechtlichen Verweigerung des Antrittes der Arbeit oder zum widerrechtlichen Verlassen der Arbeit verleiten, werden bestraft. Und nach § 6 werden die Landarbeiter bestraft, wenn sie ihre Arbeitgeber zu gewissen Handlungen und Zugeständnissen bezüglich des Arbeitsvertrages dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern untereinander verabreden. Auch die Anstifter werden mit Strafe bedroht, auch dann, wenn sie keine landwirtschaftliche Arbeiter sind. Da verlautete, daß der "Zweck" der Vorladung "Streit" angelegenheit sei, so ist anzunehmen, daß das Vorgehen und die angeordnete Untersuchung sich auf dieses Gesetz stützt. Dem Verfahren sehen wir mit absolutem Gleichmuth entgegen, gleichviel ob es sich gegen die Mitglieder oder gegen die Anstifter wenden soll. Von keinem ist das anhaltische Agrar-Juwel verlegt worden und die einfache Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaftsorganisation ist bislang den Landarbeitern noch nicht bei Strafe verboten.

Das Schöffengericht zu Genthin hat die dortigen Bevollmächtigten und Revisoren freigesprochen. Die Sünder waren angeklagt, Veränderungen im Mitgliederbestand der Polizei nicht rechtzeitig zur Kenntnis gebracht und eine Versicherungsanstalt ohne staatliche Genehmigung errichtet zu haben. Leider werden die recht beträchtlichen Kosten, die uns durch die Verteidigung entstanden sind, nicht ersetzt und deshalb werden wir trotz der Freisprechung immerhin empfindlich getroffen. Das wird so lange dauern, bis die deutschen Arbeiter ihren Organisationen einen unanfechtbaren Rechtsboden erlumpft haben.

Ein Hoch auf die zukünftigen Zuchthauskandidaten ist grober Unfug. Bekanntlich war der Kollege Klingner in Bodejuch wegen eines solchen Hochs zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte Berufung eingelegt, über die am 17. Juni zu Stettin verhandelt wurde. Bei dem Urtheil ist es geblieben. Das Gericht nahm an, wenn auch nicht erwiesen sei, daß sich Jemand beunruhigt gefühlt hätte, so hätte der Uebelthäter wissen müssen, daß die im Saale anwesenden beiden Beamten sich beunruhigt fühlen konnten. Gegen das Urtheil wird Revision erhoben.

## Soziale Hundschau.

Kritik der Wohnungen ostpreussischer Landarbeiter. Wie die konservative "Elbinger Btg." meldet, hat der Kaiser ein Wort schärfster Mißbilligung über die Arbeiterwohnungen auf seinem Gut Cadenen ausgesprochen. Der Kaiser soll wörtlich geäußert haben:

"In Cadenen muß noch manches anders werden; ich meine besonders in Arbeiterwohnungen. Das scheint überhaupt noch ein Uebel hier im Osten zu sein. Der schöne Viehstall in Cadenen ist ja ein wahrer Palast den Arbeiterwohnungen gegenüber. Es muß dafür gesorgt werden, daß nicht etwa die Schweineställe besser sind wie die Arbeiterwohnungen."

Wenn der Kaiser sein Augenmerk auch fernerhin auf die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter im Lande der Junkerherrlichkeit richtet, wird er recht, recht Vieles finden, das anders werden muß."

## Korrespondenzen.

Berlin. Donnerstag, den 15. Juni, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Herr Ernst Kupfert hielt einen Vortrag über die Treptower Sternwarte. Darauf referierte Kollege Schumann über die Frage: "Wie schaffen wir die auf den Fabriken bestehenden Mißstände ab?" Redner betonte, daß es ihm scheine, als hätten es verschiedene Aufsichtsbeamte nicht für erforderlich, gegen bestehende Mißstände einzuschreiten. Er schlug daher die Einrichtung einer Zentralstelle vor, welche das mit dem Gegenstand im Zusammenhange stehende Material zu sammeln und dann dem Reichstag zu unterbreiten hat, damit Gesetze geschaffen werden, die den von uns beklagten Uebelständen abhelfen. Zu diesem Vorschlag ergriff Niemand das Wort. Sodann theilte Schumann mit, daß der Kollege Kleemann von der Firma Nibel als Ueberbringer des Materials zu der öffentlichen Versammlung vom 5. Juni entlassen ist. Die Entlassung trifft einen Unschuldigen. Sodann soll es vorgekommen sein, daß Beamte der Fabrik in den Wohnungen der Arbeiter gehäuselt haben. Das braucht ein Arbeiter sich nicht bieten zu lassen. Der erste Bevollmächtigte theilte noch mit, daß der Oberamtsanwalt gegen das den Gauvorstand freisprechende Urtheil Berufung eingelegt hat. Sodann brachte der Kollege Schumann noch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gummiwarenfabrik von Döbler zur Sprache. Dort sollen Arbeiter 12-18 Mark verdienen, denen aber wieder andere mit einem Verdienste von 30 Mark gegenüberstehen, dann soll es vorkommen, daß Arbeiterinnen nur 5-6 Mark verdienen. Diesen Ausführungen

trat der Kollege folgt entgegen, indem er meinte, daß, wer erst längere Zeit dort beschäftigt ist, immer noch einen ganz guten Lohn verdiene, denn dort sei Akkordarbeit. Derselbe Redner griff den Kollegen Schumann scharf an, weshalb es dann noch zu einer scharfen Auseinandersetzung kam, an welcher sich verschiedene Kollegen beteiligten. Sodann machte der erste Bevollmächtigte noch bekannt, daß Listen für die streikenden Steinschefer in Berlin und für die ausgesperrten Arbeiter Dänemarks ausgegeben sind und forderte zu einer regen Theilnahme an den Sammlungen auf.

Bernburg. Am 3. Juni tagte im "Höringer Hof" eine öffentliche Fabrik- und Landarbeiter-Versammlung. Im 1. Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Max Günther aus einem Vortrag über: "Der Terrorismus der Arbeitgeber und Arbeiter". Er führte u. A. Beispiele an, wie die Urtheile bei den Arbeitgebern und wie sie bei den Arbeitern gefaßt würden. Redner brachte auch das Dresdener Urtheil in Erwägung. Ferner schilberte er uns, wie sich die Arbeitgeber verpflichteten, unter Konventionalstrafe bei vorkommenden Streiks den Forderungen der Arbeiter nicht nachzugeben. Sodann brachte Redner die bekannt gewordene Jagdhandschuhfabrik zur Sprache und legte es jedem anwesenden Kollegen ans Herz, immer thätig für den Verband zu agitieren. Im 2. Punkt erstattete der Vertrauensmann Bericht von der Gau-Konferenz. Da unter Punkt "Beschiedenes" nichts Besonderes vorlag, nahm Genosse Max Günther nochmals das Wort. Hierauf schloß der Vertrauensmann mit einem Hoch auf unsern Verband um 11 1/2 Uhr die Versammlung.

Borsby. Am 4. Juni tagte hier eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung, die ziemlich gut besucht war. Veranlassung zur Abhaltung war die plötzliche Amtsübertragung des Boten gewesen. Als zweite Bevollmächtigte wurde eine Frau Wohlers in Vorschlag gebracht, als Botin wurde Frau Rothmann gewählt; als dritter Bevollmächtigt kam Kollege Kumpel und als Redner Kollege Winning in Vorschlag. Ferner wurde beschlossen, am 25. Juni ein Sommervergnügen zu veranstalten. Der Botenlohn wurde um 4 Mk. pro Jahr erhöht.

Borsdorf. Sonntag, den 4. Juni, tagte im benachbarten Alten eine öffentliche Versammlung der Arbeiter von Borsdorf und Umgebung mit folgender Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klasse; 2. Diskussion. Zum 1. Punkt hielt Genosse Schütze-Beipzig einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag, indem er den Anwesenden vor Augen führte, wie die Unterdrückung der Arbeiter immer weiter fortschreitet, wogegen die große Masse der Arbeiter dem Kampfe gegen die Unterdrückung noch indifferent gegenübersteht. In der Diskussion forderte der Vertrauensmann für Leipzig die Anwesenden auf, sich dem Verband der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen anzuschließen, denn auch in den Borsdorfer Fabriken sind die Arbeitsverhältnisse die denkbar traurigsten. So wird zum Beispiel auf den Ziegeleien 90 Stunden wöchentlich gearbeitet, einen Sonntag kennt man da überhaupt nicht; auch die Arbeitsverhältnisse auf den Dampfsägewerken von Borsler u. Rommich lassen viel zu wünschen übrig. Hierauf traten 17 Kollegen dem Verbands bei.

Charlottenburg. Montag, den 29. Mai, tagte in der Gambrinus-Brauerei zu Charlottenburg eine große öffentliche Versammlung, in welcher bei überaus gutem Besuche Genosse G. Faber-Berlin über die sanitären Mißstände in chemischen Fabriken, speziell in der chemischen Fabrik auf Aktien (vorm. G. Schering), einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt. Genosse Schumann bedauerte sehr, daß die brieflich eingeladenen Direktionsmitglieder, sowie der Gewerbeinspektor nicht anwesend waren und die anwesenden Meister sich nicht zum Wort meldeten. In der Diskussion beteiligten sich mit ebenfalls mit Beifall aufgenommenen Worten Schumann sowie einige Arbeiter der Schering'schen Fabrik. Es sei hier nur hervorgehoben, daß, trotzdem in der betreffenden Fabrik nur 20 bis 25 Liter z. B. bei Strafe verboten ist, das zur Verfügung stehende Brunnenwasser braun ist und bel riecht und die Arbeiter für Benutzung einer vorhandenen mangelhaften Badeeinrichtung bezahlen müssen. In seinem Schlußwort forderte Faber die Anwesenden auf, sich unserem für die in Betracht kommenden Verband anzuschließen und recht kräftig dafür zu agitieren. Schumann schloß mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung die Versammlung.

Charlottenburg. Dienstag, den 13. Juni, tagte hier eine öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Dr. Weyl einen sehr lehrreichen und mit Beifall aufgenommenen Vortrag über persönliche und allgemeine Gesundheitspflege hielt. Redner betonte, daß die Gesundheit der Arbeiter wesentlich beeinflusst würde von den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, unter denen die Arbeiterinnen und Arbeiter ständen. Diese seien bekanntlich um so günstiger, je größer der Widerstand der Arbeiter sei, den sie den Ausbeutungsgehasen der Unternehmer entgegenstellen könnten. Durch die Organisation sei eine Einwirkung auf die Gestaltung der allgemeinen und auch der persönlichen Gesundheitspflege möglich. Im 3. Punkt wurde die Gründung einer Zählstelle beschlossen.

Ellenburg. In unserer Mitglieder-Versammlung, die am 2. Juni tagte, wurde Kollege Trautner als Delegierter zu der am 18. Juni in Leipzig abzunehmenden Konferenz gewählt. Anträge bezüglich eines Flugblattes und der Beschaffung von Referenten wurden angenommen und sollen der Konferenz unterbreitet werden. Unter Punkt 3 der Tagesordnung erläuterte Trautner den gewerblichen Arbeitsvertrag.

Eintracht. Montag, den 12. Juni, tagte eine sehr schwach besuchte Mitglieder-Versammlung. Im 1. Punkt der Tagesordnung, Kartellbericht, erstattete Kollege B. das Wort. Derselbe machte die Mittheilung, daß die letzte Sitzung des Kartells sich mit der Errichtung eines Arbeitersekretariats beschäftigt habe. Bestimmte Beschlüsse seien nicht gefaßt, da man die Entscheidung den Mitgliedern der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften überlassen wolle, weil ja die entstehenden Kosten, welche sich kalkulatorisch auf 11 000 Mk. pro Jahr, außer ca. 2600 Mk. einmaligen Kosten stellen, auch von diesen zu tragen seien. Daß ein richtig und gut geleitetes Arbeiter-Sekretariat nicht nur wünschenswerth, sondern auch nothwendig sei, stehe wohl außer allem Zweifel. Diesbezüglich könne man sich ja nur die Ergebnisse der bereits in Nürnberg, München, Stuttgart zc. bestehenden Sekretariate ansehen. Es wird sodann der Antrag gestellt und angenommen, am Montag, den 10. Juli, wiederum eine Mitglieder-Versammlung einzuberufen, in derselben einen Vortrag über die Frage halten und dann die Urabstimmung vorzunehmen zu lassen. Kollege G. führt sodann lebhaftest die über den schwachen Besuch der Versammlung und schreibt die Hauptschuld dem Umstande zu, daß seit Jahr und Tag ein Versammlungsbericht der Eintrachtler Zählstelle vergeblich gesucht werde. So gut wie andere Orte, habe auch Eintracht das Recht, den Raum des Sekretariats in Anspruch zu nehmen. Die Entgegung des Schriftführers, daß Vorträge gehalten werden sollen, andere Interna der Zählstelle aber andere Orte nicht können, auch nicht interessiren könnten, fand keine Gnade und so wurde dann beschlossen, den Mitgliedern die Verhandlungen der Versammlungen, deren Beschlüsse x. durch den Sekretariat bekannt zu geben, um einerseits den Beitragssammeln das Referiren zu ersparen, andererseits hierdurch die Mitglieder an ihre Pflicht, die Versammlungen zu besuchen, zu erinnern.

Oegen. Am 21. Juni tagte hier die Konferenz des Gaues 13. Den Geschäftsbericht des Gauvorstandes gab Kollege Brandau. Dieser betonte, daß der Gauvorstand wegen der kurzen Dauer seiner Existenz noch nicht die zu erwartenden Leistungen vollbringen können. Die Zählstellen Altenhagen und Behringhausen seien in ihrem Fortbestande durch die Gleichgültigkeit der Kollegen arg bedroht. Obwohl man letzteren für Abhaltung von öffentlichen Versammlungen die Mittel zu-

gesichert habe, hätten sie es nicht für nöthig gefunden, sich um die Gewinnung eines Versammlungslokals zu kümmern. Die Zählstelle Köln sei aufgelöst worden und in Mülheim (Rhein) seien die Verhältnisse dem Fortbestande der Zählstelle nicht günstig. Es sei nun Aufgabe der Konferenz, Mittel zu finden, welche ein weiteres Zurückgehen der Organisation hindern, die Wiederherberung der verlorenen Zählstellen und den Ausbau der noch vorhandenen ermöglichen. Aus dem Kartellbericht ergibt sich, daß der Gau eine Einnahme von 15 Mark 85 Pfg. hatte. Die Konferenz ertheilte sodann Entlastung. Darauf beschloß die Konferenz: Der Gauvorstand wird beauftragt, sofort einen Agitationsplan auszuarbeiten, zu dessen Ausführung einen Referenten zu gewinnen, diesen Beschluß mit dem Antrag auf Bewilligung des nothwendigen Geldes sofort dem Vorstand zu unterbreiten, damit der Organisation in Rheinland und Westfalen eine größere Ausdehnung verschafft wird. Die Gaukonferenz ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß, wenn möglich, der Referent aus Rheinland oder Westfalen sein soll. Der Gauvorstand ist ermächtigt, noch einen zweiten Redner auszusuchen, im Falle der erste durch Zwischenfälle an der Ausübung der Tour verhindert werden sollte. Weiter wurde beschlossen, dem verheirateten Mitgliedern beim Abbleiben der Ehefrau ein Sterbegeld in der jezt im Statut für verstorbene Mitglieder festgesetzten Höhe zu gewähren. Der Zählstelle Düsseldorf soll für Agitationszwecke ein Flugblatt hergestellt werden. Laut Beschluß werden die noch von der Agitations-Kommission vorhandenen Marken zu Gunsten des Gaufonds weiter verkauft. Die nächste Konferenz wird in Bielefeld abgehalten.

Gameln. In der Mitglieder-Versammlung, welche am 9. Juni tagte, hielt Genosse Becker unter Beifall der Anwesenden einen Vortrag über "Ursachen der 'Reisigkeit'". Aus dem Kartellbericht ist hervorzuhellen, daß der Gewerkschaftsfeind nicht stattfindet. Ferner soll die Errichtung eines Arbeitsnachweises angebahnt werden. Zum Schriftführer wurde Kollege Meyer in Vorschlag gebracht. Die Kollegen Schünemann und Waldhauer wurden zu Hilfskassieren gewählt. Im Verschiedenen wurde die Bibliothek zur fleißigen Benutzung empfohlen und darauf die Versammlung geschlossen.

Hamm. Am 20. Juni tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Den Kartellbericht erstattete Kollege S. und legte den Plan zur Gründung eines Arbeitersekretariats vor. In der Urabstimmung entschieden sich 57 Mitglieder für Errichtung eines Sekretariats und 54 erklärten sich für einen Beitrag von 5 Pfg. pro Mitglied und Monat. Die Ueberrechnung von der Main-sammlung verzeichnete eine Einnahme von 72 Mark 50 Pfg., eine Ausgabe von 10 Mk. 62 Pfg., mithin einen Ueberschuß von 61 Mark 88 Pfg. Die Ausgabe nach Moorwärder brachte 7 Mark 20 Pfg. Ueberschuß. Auf Antrag des Bevollmächtigten wurde den ausgesperrten dänischen Arbeitern 30 Mark bewilligt. Weiter wurde der Antrag, eine Fahne anzuschaffen, gestellt und gegen 7 Stimmen angenommen. Zur Schaffung des erforderlichen Geldes, das durch freiwillige Sammlungen aufgebracht werden soll, wurde eine fünfstellrige Kommission gewählt. Die Kollegin Zieg sollte Bericht vom Gewerkschaftslokongeh erhalten, dieselbe Aufgabe hatte sie am gleichen Abend in Hamburg-St. Georg zu erfüllen, sie konnte darum erst später in unserer Versammlung erscheinen. Als sie erschien, war unsere Versammlung bereits geschlossen.

Husum. Am 6. Juni tagte unsere Mitglieder-Versammlung, welche recht gut besucht war. Es wurde vom 1. Bevollmächtigten darauf hingewiesen, daß die anwesenden Kollegen es sich zur Hauptaufgabe machen müßten, die nicht anwesenden Kollegen mit zur nächsten Versammlung zu bringen, denn dadurch könnten sich die Kollegen näher kennen lernen und das sei nöthig, da die Zählstelle noch jung sei. Ferner wurde beschlossen, Sonntag, den 25. Juni, an dem Ausflug der organisierten Maurer theilzunehmen, außerdem wurde die Verlegung der Mitglieder-Versammlungen beschlossen. (Siehe Inserat.) Dann wurde nochmals darauf hingewiesen, daß sich die Kollegen fester an die Organisation anschließen müßten.

Kosheim. Am 4. Juni tagte auf der "Gustavsburg" eine ziemlich gut besuchte Versammlung. Anwesend waren Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes aus Mainz, Weisenau, Kosheim, der Zählstelle Mainz des Schmiedeverbandes und unsere Mitglieder aus Kosheim. Es wurde einstimmig beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten, um die Mißstände und Lohnverhältnisse auf der Mett'schen Fabrik einer Venderung zu unterziehen. Dann wurde eine Kommission zur Erzielung der Vorarbeiten gewählt.

Kosheim. Nach langer Zeit dahier am 15. Juni eine Versammlung. Kollege Streb aus Offenbach referierte. In der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Nürnberg, Filiale Gustavsburg, arbeiten ca. 1200 Mann, davon sind über die Hälfte ungelernete Arbeiter. Die Löhne für dieselben sind 20-28 Pfg. pro Stunde, gewiß ein Lohn, welcher der Verbesserung sehr bedürftig ist. Dennoch war der Versammlungsbesuch nicht, wie nach Lage der Sache es wünschenswerth gewesen wäre. Das Referat wurde sehr beifällig aufgenommen und nach kurzer zustimmender Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die heute, den 15. Juni, im Lokale des Herrn Wehle tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht, treu und fest zur Organisation zu halten und für dieselbe zu agitieren, um dadurch menschenwürdiger Zustände herbeizuführen." Eine Anzahl neuer Mitglieder wurden gewonnen, hoffentlich geht es jezt auch in Kosheim vorwärts.

Landshut. Am 11. Juni tagte eine gut besuchte öffentliche Versammlung. Das Referat hatte Kollege Gammel aus Wünnen übernommen, der in längerer Rede die traurige Lage der Hilfsarbeiter schilberte. Redner betonte, daß die Hilfsarbeiter die niedrigsten Löhne hätten, obwohl sie für ihre Unterhaltungskosten genau soviel aufwenden müßten, wie jeder andere Arbeiter. Besonders gab ihm die Bezahlung der Arbeiterinnen am Orte, die 60 Pfg. bis 1 Mark 20 Pfg. erhalten, Veranlassung zur Kritik, und betonte, daß eine starke Organisation nur vorthellhaft wirken könne. Kollege Gammel streifte dann noch das Zuchthausgesetz. Der Beifall, welcher gerade diesen Ausführungen folgte, bewies, daß die Anwesenden von dieser gesetzlichen Fursorge nicht erbaud waren.

Ludwigshafen. Am 27. Mai tagte im Lokale des Herrn Zech unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Kollege Benz hielt einen Vortrag über "Großbetrieb und Kleinbetrieb" und führte ungefähr folgendes aus: Unsere ökonomische Entwicklung drängt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, denn durch die heutige Baarenproduktion und die damit verbundene Konkurrenz, die bewirkt, daß der eine Unternehmer immer billiger produziert als der andere, ist es dem Kleinbetriebsbetreibenden geradezu unmöglich, sich auf die Dauer über Wasser zu halten. Je mehr der Großbetrieb sich ausdehnt, desto mehr suchen die Signer der Kleinbetriebe sich durch längere Arbeitszeit und geringere Löhne konkurrenzfähig zu erhalten. Trotzdem der Kleinbetriebsbetreibende sich sogar mit Weib und Kindern noch so sehr abmüht, wird er doch unter dem Druck der Verhältnisse meistentheils selbst zum Lohnflaven herabgedrückt. Ferner bemerkte Redner noch, daß durch die bei den Unternehmern eintretenden Krisen sich der Abgrund zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer mehr erweitert. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Redner noch die Nothwendigkeit der Organisation, da mit deren Hilfe die Arbeiter sich einigermassen gegen die schlimmsten Einflüsse des kapitalistischen Wirtschaftssystems schützen könnten.

Wannheim. Am 11. Juni Vormittags tagte in der "Zentralhalle" eine öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen, in der Kollege Streb-Offenbach über: "Die Lage

der Arbeiter in den Großbetrieben und wie ist dieselbe zu verbessern", sprach Redner schilderte zunächst in lebhaften Farben die Lage der Arbeiter in den Großbetrieben im Allgemeinen und kam sodann auf einzelne Mannheimer Industriezweige, wie chemische und Gummiarbeiten z., zu sprechen, indem er nachwies, daß die dort gezahlten Löhne bei 11- und 12stündiger Arbeitszeit unmöglich zu einer einigermaßen menschlichen Existenz reichten. Während der Profit der Unternehmer, die Dividenden der Aktionäre von Jahr zu Jahr stiegen, fielen für die Arbeiter von dem ungeheuren Gewinn, den die einzelnen Betriebe erzielten, nicht mehr als ein kümmerliches Lohn, den die Herren Unternehmer einfach bestimmeten. Sei doch der einzelne Arbeiter garnicht im Stande, etwas zu fordern, da er unter allen Umständen gezwungen sei, seine Arbeitskraft zu jedem Preise zu verkaufen. Eine Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, anständige Behandlung z. konnten die Arbeiter nur durch festen Zusammenschluß in einer Organisation erreichen. Redner forderte die Arbeiter nur mäßig erschienenen Versammlungsbesucher dann auf, soweit sie noch nicht organisiert seien, dem Verbande beizutreten. In der nun folgenden Diskussion, an welcher sich die Mitglieder des Verbandes rege beteiligten, wurde zu einer ruhigen Agitation zur Ausbreitung des Verbandes aufgefordert. Nach einem Schlußwort des Referenten, der noch einmal zu zahlreichem Eintritt aufrief, damit endlich auch einmal die Verhältnisse der nichtgelehrten Arbeiter bessere würden, fand die Versammlung ein Ende. Aufgenommen wurden 16 neue Mitglieder.

**Meißen.** Am 10. Juni tagte im "Thurnhaus" eine öffentliche Versammlung. Ueber "Die Entwicklung der Organisation und die wirtschaftlichen Kämpfe" sprach Genosse Feide-Dresden. Redner wies darauf hin, wie sich das Unternehmertum immer mehr und mehr zu Verbänden zusammenschließt zu dem Zweck, die Arbeiterschaft auszubeuten und zu unterdrücken. Des Weiteren beleuchtete Redner noch die jetzige Stellung der Arbeiter zum Unternehmertum, legte das Treiben der Zünftler klar und kam auch auf den Hirsch-Dunder'schen Gewerksverein zu sprechen, dessen Fäulelei von Harmonie zwischen Kapital und Arbeit er stark kritisierte. Ferner besprach der Referent das System der schwarzen Listen. Um diesem allen wirksam entgegenzutreten zu können, dazu gehöre eine starke Organisation, diese aber könne nur entstehen, wenn auch der letzte Mann gewerkschaftlich organisiert sei. Unter "Gewerkschaftliches" wurde mitgeteilt, daß sich die Zahlstelle Meißen dem hier bestehenden Gewerkschafts-komitee angeschlossen und als Delegierten den Kollegen Franz Krause gewählt hat. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die interessante Versammlung geschlossen.

**München-West.** Am 28. Mai, Vormittags, tagte im großen Saale des Münchener Kindl-Stellers eine von circa 3000 Personen besuchte öffentliche Versammlung nichtgelehrter und Hilfsarbeiter. Nach einem eingehenden, vorzüglichen Referat des Kollegen Seb. Witt wurde eine Resolution im Sinne des Referats gegen eine Stimme angenommen. Hieraus wurde eine siebenköpfige Lohnkommission gewählt, welche einen Tarif auszuarbeiten hat. Das Resultat der Versammlung war, daß 150 Mitglieder der Organisation neu zugeführt wurden.

**München (West).** Die hiesige Zahlstelle hielt am 18. Juni eine sehr gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab, in welcher Herr Sturm über "Die Zuchtthausvorlage" referierte. In vorzüglicher Rede wies der Referent nach, daß die Vorlage eingebracht wurde, um die aufblühende moderne Arbeiterbewegung niederzuschlagen und unmöglich zu machen. Redner zerpflückte die Begründung der Vorlage und zeigte durch erläuternde Beispiele, daß die Vorlage nichts weniger als notwendig sei, da sie alle wirklichen Vergehen schon durch das gemeine Strafrecht getroffen würden. Redner schloß mit der Aufforderung, massenhafte der Organisation beizutreten, und dadurch auf die Verjüde, die Arbeiter zu entziehen, die gebührende Antwort zu geben. Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands protestiert aufs Entschiedenste gegen die Gesetzes-Vorlage, in der sie die vollständige Entrechtung des arbeitenden Volkes in wirtschaftlicher Beziehung erblickt und die sie als den deutschen Volkes unwürdig erkennt. Alle denkenden Arbeiter verpflichten sich, gegen dieses Gesetz Stellung zu nehmen, den Ausbau des § 152, der das Koalitionsrecht garantiert, zu fordern, und zu agitieren, daß alle noch Fernstehenden in die Organisation eintreten.

**München.** Die ungelerten Arbeiter der Lederfabrik im Giesing hielten am 5. Juni im Gasthaus "Zum Löwenwirt" eine Versammlung ab. Als Referent war Kollege Karl Himmelfarb gewonnen. Er begann seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die drohende Zuchtthausvorlage, wies später durch statistische Aufzeichnungen nach, daß die Lebensmittelpreise von Jahr zu Jahr gestiegen sind, und daß München sogar die theuerste Stadt Deutschlands sei. Die Arbeiterlöhne jedoch hätten durchaus keine steigenden Tendenzen gezeigt, angenommen natürlich dort, wo ein starrer Zusammenhalt und Zusammenbruch der Arbeiter zu verzeichnen war. Im Mittelalter hätten es die Tagelöhner bedeutend besser gehabt, denn mit ihrem Wochenlohn konnten sie beispielsweise durchgängig ein Schaf und ein Paar Schafe kaufen, was heute zu einem Verdienst dreier Wochen gleichläme. Geradezu schmachvoll sei es, daß ein Mann von 70 Jahren nur 33 1/2 Pf. Altersrente beanspruchen könne, während nach einer Münchner Polizeiverordnung ein Hundeseigenhümer, dessen Hund sich verlaufen hat, für diesen oder mindestens 45 Pf. Futtergeld einzutragen müsse; Hunde werden also am 11 1/2 Pf. höher geschätzt, als alle, ausgepörrte Arbeiter. Mit kräftigen Strichen flüchtete Redner die Quertreiberien der christlichen Gewerkschaften. Mit einem lebhaften Appell an die Versammelten, aus ihrer Beihargie zu erwachen und sich unserem Verbande anzuschließen, schloß der Kollege seine 1/2 stündige, beifällig angenommene Rede. Das Resultat war zunächst, daß sich sofort 25 Kollegen in unsere Organisation angeschlossen haben.

**Konstanz.** Sonntag, den 18. Juni, tagte in dem benachbarten Bezirk eine Versammlung, in der die Gründung einer Zahlstelle unseres Verbandes zu erörtern war. Das Referat hatte Kollege Schumann aus Berlin übernommen. An der Diskussion nahmen einige Kollegen aus Potsdam und Rommelsheim teil. Mitglieder ließen sich 23 Personen aufnehmen. Darauf wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Hierauf trat Schluß der Versammlung ein.

**Lüneburg.** Dienstag, den 30. Mai, kam es in der Gärberei von Lüneburg zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitern zu Differenzen, weil Ersterer alle Verjüde machte, die bisherigen Löhne herabzusetzen, worauf die Kollegen die Arbeit sofort niederlegten. Am darauffolgenden Abend wurde eine Besprechung abgehalten, in welcher sämtliche Kollegen erklärten, bei einem eintretenden Streit auszuhalten. Es wurde eine Kommission von 4 Mann gewählt, welche am nächsten Morgen mit dem Arbeitgeber unterhandeln sollte. Das Ergebnis war die Festsetzung eines Wochenlohnes von 18 Mk. Die Kollegen erklärten sich mit dem Zugeständnis einverstanden. Arbeiter und Kollegen, wiederum sehr froh, daß am durch ein geschlossenes Vorgehen etwas zu erreichen ist, darum macht es sich zur Pflicht, jeden noch fernstehenden Kollegen unserer Organisation zuzuführen, alsdann werden bald andere Ziele erreicht werden.

**Potsdam.** Die am 18. Mai tagende Versammlung brachte den Kollegen Schafke als zweiten Bevollmächtigten in Vorschlag. Als Hilfskassierer für Potsdam ward Kollege Sims gewählt. Die zur Unterzeichnung für Komitee und Hilfsbedürftigen bestimmten Listen wurden aufgegeben, weil unter den Beiträgen für den Verband nicht vorhanden sind und

eine Kassa zur Streifenunterstützung geschaffen worden, die Ansprüche an die Mitglieder nicht größer sind. Der vorhandene Bestand von 6 Mark 20 Pf. wurde dem Kassafonds zugewiesen. Darin wurden die Differenzen, welche die Schulfabrik Kad u. Comp. in Burg mit ihren Arbeitern hat, in Erinnerung gebracht. Genannte Firma hat am Platze ein Verkaufsgeschäft.

**Ritzdorf.** Unsere neugegründete Zahlstelle hielt am 14. Juni eine ziemlich gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Nach Erlebigung der üblichen Geschäfte wurden die Bevollmächtigten und Revisoren vorgeschlagen. Dann referierte Kollege Schumann aus Berlin über den Tuberkulose-Kongress.

**Rothenburgsort.** Am 21. Juni tagte unsere gut besuchte Mitglieder-Versammlung beim Kollegen v. Eitzen. Der Genosse Schaumburg hielt einen sehr interessanten Vortrag über die Intenität der menschlichen Arbeit. Der Kartellbericht wurde vom Kollegen Müller gegeben. Den ausgepörrten dänischen Arbeitern wurden 60 Mark aus der Kassa bewilligt. Es wurde ferner noch beschlossen, die Mitglieder-Versammlungen im "Hamburger Echo" sowie auch im "Proletarier" zu annoncieren.

**Schönebeck.** Am 30. Mai tagte unsere Mitglieder-Versammlung in Ehlers's Restaurant. Kollege Dannehl referierte über "Das Koalitionsrecht und der gewerkschaftliche Kampf" und wurde die sehr lehrreichen Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen. Im 2. Punkt der Tagesordnung, Aufnahme neuer Mitglieder, meldeten sich 45 Kollegen zum Beitritt an, was besonders der Agitation einiger tüchtiger Kollegen zu danken ist. Weiter wurde die schon des Ofteren erwähnte Anregung einer Lohnerhöhung für die auf der Germania beschäftigten Kollegen einstimmig beschlossen. Zum Schluß wurde noch über das Kassierenwesen diskutiert, was zu verschiedenen Auseinandersetzungen Anlaß gab.

**Stettin.** Sonntag, den 11. Juni, hielt die hiesige Zahlstelle eine Mitglieder-Versammlung im Lokale des Kollegen Schwobow, Oberwiel 45, ab. Zuerst erfolgte die Aufnahme neuer Mitglieder und das Kassieren der Beiträge, dann wurde über das Thema: "Wie führen wir unserer Zahlstelle neue Mitglieder zu?" diskutiert, dabei wurde vom Kollegen Pirch erwähnt, daß dieses nur dadurch möglich wäre, indem wir unsere Versammlungen weiter ausdehnten über ganz Stettin und rege Agitation treiben würden. Der Antrag des Kollegen Ulrich, eine Agitationskommission von 3 Mann zu wählen, wurde angenommen. An Stelle des Hilfskassierers Redlin wurde Kollege A. Schulz als Hilfskassierer gewählt. Auf Antrag des Kollegen Feyer wurden aus der Kassa 100 Mk. für Agitationszwecke bewilligt.

**Wedel.** Am 30. Mai tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale der Bm. Kamle. Wegen des schwachen Besuches konnte in die Beratungen nicht eingetreten werden, denn es hatten sich nur der 1. und 2. Bevollmächtigte und 1 Mitglied eingefunden. Das zeigt so recht die Interesslosigkeit der hiesigen Kollegen. Eine halbe Stunde vor der Versammlung kann man zu jedem Kollegen hingehen und zu ihm sagen: "Heute Abend ist Versammlung, kommt ja hin", dann heißt es: "Gewiß, da wollen wir hin". Aber, o weh, es mühten keine Kneipen außer dem Vereinslokal geben. In jeder Kneipe kann man Kollegen treffen, aber im Vereinslokal, da ist es leer. Da können wir dann unverrichteter Sache wieder nach Hause gehen. Ja, Kollegen, es ist kein Wunder, wenn uns von den Behörden allerlei in den Weg gelegt wird. Kollegen, macht doch endlich einmal auf euch Eurer Gleichgültigkeit und besucht eure Mitglieder-Versammlungen.

**Wolfenbüttel.** Am 10. Juni tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Zunächst wurde die Abrechnung vorgelegt. Dann erstattete Kollege Kastellan Bericht von der Gau-Konferenz in Braunschweig. Sodann wurden die Gründe besprochen, die den jetzigen tiefen Mitgliederstand der Zahlstelle veranlassen. Die in der Spinnerei beschäftigten Männer und Frauen sind in ihrer Mehrzahl aus Döpreußen und für die Organisation schwer zu haben, zumal noch ein katholischer Gesellenverein und ein Gesangverein existieren, welche es sich zur Aufgabe machen, die Aufklärung nicht allzu große Fortschritte machen zu lassen. Die von uns geforderten Beiträge erscheinen hiesigen Arbeitern zu hoch. Die Strafen, welche ihnen in den Fabriken abgezogen werden, sind ihnen aber nicht zu hoch und auch die Behandlung lassen sie sich meist ohne zu mühen gefallen.

**Zerbst.** Der dritte deutsche Gewerkschaftskongress und seine Tätigkeit" war das Thema, über welches Kollege Heinrich aus Dessau am 3. Juni referierte. Referent stellte Vergleiche an zwischen dem Arbeitsgebiet des heutigen Kongresses und dem seiner Vorgänger, sein Urteil fiel zu Gunsten des ersteren aus. Die Frage über die Form der Organisation habe den Kongress nicht mehr beschäftigt. Die gewerkschaftlich Organisierten hätten sich bis auf einige Ausnahmen für die Zentralfunktion entschieden, ohne diese wäre es garnicht möglich gewesen, den wirtschaftlichen Kampf führen zu können. Redner betonte, daß die General-Kommission trotz der ihr entgegengestellten Schwierigkeiten Großes geleistet habe. Die Kartelle mühten an den Orten dieselbe Stellung einzunehmen, die die genannte Kommission in der großen Gewerkschaftsbewegung errungen habe. Uebergehend zu dem Punkt "Arbeitersekretariat", empfahl Redner den Delegierten 3 Kartells die Einführung einer Beschwerde-Kommission. Die man als Vorläuferin eines später zu errichtenden Sekretariats betrachten könne. Redner betonte dann, wie die tätige Entwicklung es immer notwendiger mache, daß die Arbeiter sich organisieren, um für ihre Rechte und Interessen eintreten zu können. Das bedrohte Koalitionsrecht müsse vertheidigt und auch dem Landarbeiter zuerkannt werden. Reicher Beifall folgte dem 1/2 stündigen Vortrage.

### Gingelandt.

An die Mitglieder der Hamburger Zahlstellen!  
Kolleginnen und Kollegen! Das Hamburger Gewerkschaftskartell plant die Errichtung eines Arbeitersekretariats. Die Entscheidung über die Errichtung soll von den Gewerkschaftsmitgliedern in den Versammlungen durch Urabstimmung herbeigeführt werden. Die Kosten sind auf 11 000 Mark jährlich veranschlagt und sollen durch Beiträge der Gewerkschaftsmitglieder von 5 Pf. pro Kopf und Monat gedeckt werden. Da unsere Organisation mit 2472 zahlenden Mitgliedern (Ende 1898) hier in Hamburg bei der Abstimmung fast mit im Betrachtt kommt, die Mehrzahl der Mitglieder aber über den Zweck und Nutzen eines Arbeitersekretariats nicht genügend orientiert ist, so erjuchen wir hiermit die Mitglieder, zahlreich in den Versammlungen, welche in den einzelnen Zahlstellen im Juli stattfinden, zu erscheinen. Namentlich diejenigen, welche gegen die Erhebung einer Extraktsteuer von 5 Pf. pro Monat sind, damit sie ihre Stimme in der Versammlung abgeben können.  
Die Vorstände der Hamburger Zahlstellen.

### Literarisches.

Das Protokoll der Verhandlungen des 3. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands ist als 222 Seiten starke Brochüre erschienen. Die notwendige Güte bei der Drucklegung des Protokoll und der umfangreiche Inhalt haben den Herstellungspreis der Schrift immer gestaltet, trotzdem hat die Generalkommission Vorjorge getroffen, daß das Protokoll von den Arbeitern zum Preise von 25 Pf. erworben werden kann. Dieser Preis bleibt unter dem Herstellungspreise, daher ist es erforderlich, daß beim Erwerb des Protokolls die Fotokosten für Aufwendung auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben müssen. Die Generalkommission hat die Kartelle aufgefordert, den Vertrieb der Protokolle in die Hand zu nehmen.

Unsere Bevollmächtigten haben in den Versammlungen auf das Erscheinen der Schrift aufmerksam zu machen, und die gemachten Bestellungen den Kartellen zu übermitteln. In Orten, wo Kartelle nicht vorhanden sind, müssen die Bevollmächtigten der verschiedenen Verbände sich über die Ermöglichung eines gemeinsamen Bezuges verständigen.

Die Zuchtthausvorlage hat bereits ihren Dichter gefunden. Es ist Ernst Precang, der in martigen, wuchtigen Worten den Gedanken und den Gefühlen Ausdruck giebt, die das werthvolle Boll gegenüber der Vorlage empfindet, die selbst in bürgerlichen Kreisen lebhaften Widerspruch gefunden hat. Die Verse werden es, bald geistiges Gemeingut unserer deutschen Arbeiter zu werden. Das Gedicht ist durch die Volksbuchhandlung "Vorwärts", Berlin, zum Preise von 10 Pf. zu beziehen.

### Sterbetafel.

Kollegin Elise Weber, geb. Brenneke, geboren am 18. November 1865 zu Celle, eingetret am 29. Oktober 1898 zu Celle, gestorben am 7. Mai ebendasselbst.

### Quittung.

Folgende Beiträge gingen ein: Ufersleben 23,35; Wittenberg 7,40; Neuhaldensleben 46,80; Glöckstadt (Sag) 10; Saarborn 57,81; Halle (Streitüberfuß) 367,05; Rörbig 5 Mk. für den Streikfonds; Wittenberg 0,90 Mk. für Inserate; Rothenburgsort 3,60 Mk.

### Änderungen des Adressen-Verzeichnisses.

Altenburg. Emil Gerth, Zährnisch 5. Altenburg, S.-A. Arnstadt. Vertrauensmann D. Wschendach, Al. Rosengasse 9. Charlottenburg. (Gau 7.) August Pohl, Schloßstr. 15 A. Dresden. A. Zhiemig, Dresden-S., Hohenthalplatz 3, prt. z. Altenburg S.-A. Reiseunterstützung zahlst vom 1. Juli ab Friedr. Diehe, Karlsru. 19, 2. Kolberg. Paul Knid, Perantzenstraße 14. Mühlheim a. Main. Johannes Jösel, Herrnh. 11. Ritzdorf. Carl Hartmann, Ziehmstr. 10, B. 1. Spreyer II. Georg Schreiner, Brauergasse 15. Schremke. (Gau 3.) Friedrich Strejo.

### Das Protokoll vom

4. ordentlichen Verbandstage zu Cassel ist zum Preise von 10 Pf. durch uns zu beziehen. Jedes Mitglied sollte im Besitze des Protokolls sein. Die Expedition des "Proletarier".

### Zahlstelle Blankenburg.

Unsere Mitglieder-Versammlungen tagen jedem zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Vereinslokal. Die Tagesordnung der nächsten Versammlung ist: 1. Abrechnung vom vorigen Quartal. 2. Verschickenes. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht. [20 Mk.] Die Bevollmächtigten.

### Hirschberg.

Sonntag, den 2. Juli, Nachmittags 6 Uhr, in der Wohnung des Kollegen Welle: Zahlstzung. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen [90 Pf.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Egeln.

Die nächste Mitglieder-Versammlung tagt Sonntag, den 9. Juli 1899, Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale zum Stadtpark. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1899. 2. Vorschläge eines 1. Bevollmächtigten. 3. Verschickenes. Da der 1. Bevollmächtigte Kollege Weigel aus Gesundheitsrücksichten seinen Posten niederlegt, ist eine Neuwahl erforderlich. Das Erscheinen aller Mitglieder, auch der in Egerleben ist erforderlich. [1,80 Mk.] Der Vorsitzende des Gau's 3. Julius Polmann, Halberstadt.

### Achtung, Zahlstelle Husum!

Die Mitglieder-Versammlungen tagen am ersten Montag nach dem 1. und nach dem 15. eines jeden Monats, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Grede (Herberge). [90 Pf.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Hameln.

Dienstag, den 11. Juli, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Ladage, Baustraße 3. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen [90 Pf.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Olvenstedt.

Sonntag, den 9. Juli, Nachmittags 3 Uhr, findet im Hirschfeld'schen Lokale unser [1,35 Mk.]

### Sommer-Vergnügen.

bestehend in Gesang, Konzert u. darauffolgendem Ball, statt. Die Kollegen unserer Nachbarzahlstellen sind freundlichst eingeladen. [1,50.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Zerbst.

Sonntag, den 9. Juli, Nachmittags 3 Uhr, findet in Zerbst's Lokal unser [1,50.]

### Erstes Stiftungsfest

bestehend in Konzert, Preisfesten für Damen und Herren und darauffolgendem Ball, statt. Die Kollegen unserer Nachbar-Zahlstellen sind freundlichst eingeladen. [1,20.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Cöthen.

Sonntag, den 23. Juli 1899, Abends 7 1/2 Uhr: [1,20.]

### Tanzfränzchen

im Lokale "Zum goldenen Engel". Hierzu sind die Kollegen nebst ihren Familienangehörigen und Gäste freundlichst eingeladen. Das Komitee.

### Das Zuchtthaus-Lied

von Ernst Precang. Preis 10 Pf. Wiederverkäufer Rabatt. Buchhandlung Vorwärts.